

Integration und sozialräumliche Segregation sind kein Widerspruch!

Die Förderung der Integration von Zuwanderern unter den Bedingungen der sozialräumlichen Segregation ist eine zentrale Herausforderung der kommunalen Integrationspolitik



Bettina Reimann



Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Gegenwärtig wird in der öffentlichen Diskussion über Integration meist im Zusammenhang mit Problemen und misslungener Integration geredet. Demnach scheinen Integration und das Leitbild der multikulturellen Stadt gescheitert, von Parallelgesellschaften ist die Rede. Zuwanderer werden zunehmend als Problemgruppen bezeichnet, die anders leben, sich separieren, sich nicht an die Normen, Werte und Gesetze der Mehrheitsgesellschaft anpassen wollen. Das Bild einer segregierten Stadt(-gesellschaft) wird gezeichnet, wobei in öffentlicher Diskussion und Medien die Begriffe Ghetto, Parallelgesellschaft und ethnische Kolonie undifferenziert und meist negativ besetzt verwendet werden. Übersehen wird hierbei, dass ethnische Segregation nicht nur negative, sondern auch positive Effekte haben kann. Dies wurde untersucht und empirisch nachgewiesen. Denn Gebiete, in denen mehrheitlich Zuwanderer wohnen und arbeiten, können für die dort lebenden Menschen – insbesondere für Neuzuwanderer – positive Funktionen haben. Hier finden sich beispielsweise ethnische Netzwerke als unterstützende Strukturen für die Integration in fremde Orte und Strukturen, in der Regel eine ethnische Infrastruktur sowie vielfältige Dienst- und Hilfeleistungen auf informeller Ebene.

Es ist wichtig, die Möglichkeiten der sozialräumlichen Integration in einem breiteren Kontext zu betrachten. Nur so wird deutlich, dass Integration und Segregation nicht Widersprüche und wechselseitige Ausschlusskriterien sind, sondern dass Integration auch in segregierten Gebieten möglich ist.

Integration unter den Bedingungen der sozialräumlichen Segregation

Realität und auch Normalität in vielen Großstädten ist eine sozialräumliche Ausdifferenzierung und Segregation der Wohnbevölkerung – das heißt eine räumliche Abbildung sozialer Ungleichheiten – nach Herkunft, Ethnie, sozialer Lage und Lebensstil. Segregation an sich wird dann nicht als Problem

bezeichnet, wenn sie ohne Zwang erfolgt und Personen ähnlichen Lebensstils und ähnlicher Milieus, wie Künstler, Studenten oder junge Familien in einem Wohngebiet in großer Zahl als Mieter und Eigentümer wohnen. In der aktuellen Diskussion und den Medien werden jedoch Gebiete, in denen Zuwanderer in hoher Anzahl leben, als integrationshemmend und als Ausdruck bewusster Desintegration gewertet. Nicht ausreichend differenziert werden hierbei die Gründe und Ursachen für eine sozialräumliche Ausdifferenzierung der Gebiete. Weit verbreitet ist hingegen die normative Annahme, dass soziale und ethnische Mischung auf städtischer und Quartiersebene gut ist und die Integration fördert. Prägend hierfür sind das Leitbild der „gesunden sozialen Mischung“ und die Maxime der Vermeidung ethnisch homogener Stadtteile.

Segregation ist jedoch vorrangig kein Ausländer-, sondern ein Armutsproblem. Die Konzentration von Einwanderern in von Armut und Arbeitslosigkeit geprägten Stadtteilen ist vor allem eine Folge der Segregation nach sozialer Lage. Zuwanderer sind in besonders hohem Maße von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen und sie leben häufig in Quartieren, die aufgrund fehlender Ressourcen auch als benachteiligende Quartiere bezeichnet werden. Diese räumliche Konzentration von Zuwanderern in bestimmten Quartieren ist oft nicht selbst gewählt, sondern Ergebnis von Zwängen und Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt. Sie ist auch ein Resultat sozial selektiver Wanderungen (Wegzug Besserverdienender).

Ob es uns gefällt oder nicht – wir müssen lernen zu akzeptieren, dass Stadtplanung und Wohnungspolitik keine wirksamen Instrumente bieten, um eine einmal entstandene sozialräumliche Segregation einfach wieder aufzulösen. Die notwendige Neuausrichtung der Integrationspolitik erfordert daher auch einen Perspektivwechsel, für den sich bereits die ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge

und Integration, Marieluise Beck eingesetzt hat. Sie plädierte dafür, weniger die Konzentration von Zuwanderern als vielmehr die Folgen der Konzentration von Armut und sozialer Benachteiligung in den Stadtteilen zu bekämpfen.

Mit dieser politischen Ausrichtung sind zwei Fragen verknüpft: Wie kann die Integration von Zuwanderern in der Stadt unter den Bedingungen der sozialräumlichen Segregation gefördert werden? Was können Kommunen und Wohnungsunternehmen dazu beitragen, um die Integration von Zuwanderern vor Ort zu verbessern? Damit wird Segregation nicht per se bewertet bzw. abgewertet. Vielmehr sind die Vorteile (wie integrationsfördernde Netzwerke, ethnische Ökonomie) und Nachteile (Gefahr sozialer Marginalisierung und Abschottung) ethnisch segregierter Gebiete für Zuwanderer und Neuzuwanderer zu diskutieren. Integration und Segregation stehen nicht notwendig im Widerspruch zueinander. Ethnisch segregierte Gebiete sind auch Orte der Integration und ein Potenzial für die Produktivität der Stadt.

Wachsende Bedeutung des Quartiers für die Integration im sozialräumlichen Prozess

Diese Argumentation berücksichtigt, dass sich in bestimmten Quartieren Formen der sozio-ökonomischen Benachteiligung und massive Probleme konzentrieren und dass dies häufig Gebiete sind, in denen Zuwanderer in hoher Anzahl leben. Ein besonderes Problem ist, dass immer weniger Personen, insbesondere Zuwanderer, über den Arbeitsmarkt integriert sind. Quartier, Wohnung und Wohnumfeld gewinnen damit für den Erfolg von Integrationsprozessen und für ein relativ konfliktfreies Zusammenleben an Bedeutung. Wohnung und Wohnumfeld sind dabei einerseits Integrationsfaktoren und Handlungsfelder im Integrationsprozess, andererseits bilden sie den sozialräumlichen Hintergrund für strukturelle Integrationsprozesse wie Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Beruf sowie gesellschaftliche Partizipation. Eine Integrationspolitik sollte daher noch stärker als bisher das Wohnquartier in den Fokus aller Maßnahmen zur Förderung der sozialräumlichen Integration stellen. Maßnahmen, Aktivitäten und Mittel sollten auf ausgewählte Gebiete konzentriert werden.

Segregation als Folge von Entwicklungen, auf die Kommunen kaum Einfluss nehmen können, anzuerkennen, bedeutet aber nicht, dass Städte und Quartiere keine Handlungsmöglichkeiten haben. Dies belegen die Empfehlungen des Expertenforums im Verbund-

projekt „Zuwanderer in der Stadt“. Sie enthalten eine Vielzahl von Anregungen und guten Beispielen zu verschiedenen Handlungsfeldern: Migrant*innenökonomie, Schule und Bildung, Städtebau und soziales Zusammenleben, Wohneigentumsbildung von Migrant*innen, Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten, Gestaltung der Freiräume und des Wohnumfeldes. Wichtig ist, dass Kommunen bei der Umsetzung solcher Maßnahmen Grundsätze beachten, wie

- Maßnahmen der Stabilisierung und Integration im Wohnquartier frühzeitig und damit präventiv einsetzen,
- Integration vor Ort als Querschnittsaufgabe verstehen und auf städtischer Ebene ganzheitlich angelegte und ämterübergreifende Konzepte entwickeln,
- auf Quartiersebene Netzwerke zwischen den Maßnahmeträgern und den sonstigen Akteuren schaffen und fördern (Quartiermanagement),
- die Selbstorganisation von Zuwanderern stärken und mit Migrant*innenorganisationen zusammenarbeiten.

Unsicherheiten diskutieren und Wissensdefizite abbauen

In den Kommunen bestehen insbesondere mit Blick auf das Thema Segregation Unsicherheiten. Segregation und ethnisch homogene Gebiete werden einseitig negativ bewertet. Von der Herausforderung, sozialräumliche Integration unter den Bedingungen der Segregation zu fördern, sind viele Kommunen überfordert. Sie verstehen diese mancherorts als Rückzug der Politik, als Resignation vor den Anforderungen der Zuwanderung und als Aufgabe der benachteiligten Gebiete. Zudem besteht auch zwischen wissenschaftlichen Positionen zur sozialräumlichen Segregation und einer darauf aufbauenden Integrationspolitik sowie Positionen der Wohnungswirtschaft und der Kommunen eine Kluft. Diese Kluft gilt es zu schließen und einen Kommunikationsprozess über Chancen und Perspektiven der sozialräumlichen Integration in den Kommunen und zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen in Gang zu setzen, um neue Perspektiven zu eröffnen und ungenutzte Potenziale, zu erschließen.

Tipps zum Weiterlesen

- Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin 2001.
http://www.zuwanderung.de/downloads/Zuwanderungsbericht_kurz.pdf.
- Gutachten, die Grundlage des Berichts sind, finden Sie unter der Internetadresse <http://www.bmi.bund.de/> (durch Eingabe der Stichwörter Zuwanderung und Gutachten im „Suche-Feld“ kommt man zu den Gutachten).
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter, (Hrsg.), An den Rändern der Städte. Frankfurt 2004.
- „Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt“, Verbundpartner des Projekts (Hrsg.), Darmstadt 2005.
<http://www.zuwanderer-in-der-stadt.de/803.php>.
- „Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadt-räumlichen Integrationspolitik“, Verbundpartner des Projekts (Hrsg.), Darmstadt 2005.
<http://edoc.difu.de/orlis/DF9070.pdf>.

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Dipl.-Volksw.
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje
Telefon: 030/39001-234
E-Mail: schuleri-hartje@difu.de